



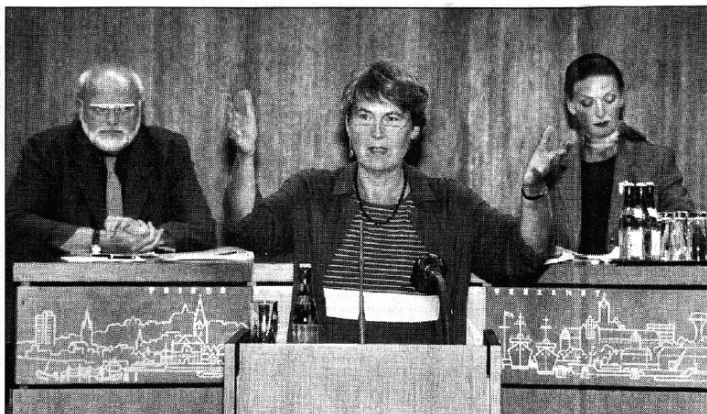
Zeitzeugen

Ziel: Weniger Betten, mehr Kooperation - Diskussion über Krankenhausplanung
(Flensburger Tageblatt vom 6. September 2000)

Diskussion über Krankenhausplanung

Ziel: Weniger Betten, mehr Kooperation

Bedenken, Kritik und Anregungen wurden im Ratssaal bei der Regionalkonferenz zur Krankenhausplanung laut. Zahlreiche Vertreter von Kliniken, aus der Ärzteschaft und aus der Politik hatten sich eingefunden, um mit Gesundheitsministerin Heide Moser über die Pläne und das Gutachten von Prof. Dr. Hans-Heinrich Rüschemann zu diskutieren.



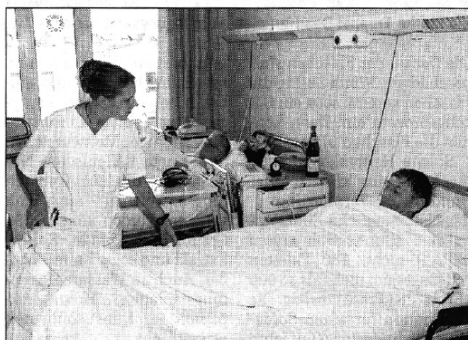
Geben und nehmen sei die Devise bei der Krankenhausplanung, meinte Ministerin Heide Moser, die mit Prof. Dr. Hans-Heinrich Rüschemann und ihrer Mitarbeiterin Dr. Cordelia Andreßen nach Flensburg gekommen war. Foto: Eudenbach

(mei)

Geplant ist eine schrittweise Umstellung von Betten- auf Leistungsfinanzierung, weitgehend basierend auf dem Rüschemann-Gutachten. Und dieses Gutachten wird, wie berichtet, zum Teil erhebliche Bewegung in die Krankenhaus-Landschaft bringen, denn auf der einen Seite sind weniger Betten und auf der anderen Seite mehr „Fälle“ vorgesehen.

Die Ministerin sprach von „moderaten Einschnitten“, die zu erwarten seien. Notwendige Flexibilität, unterstrich der Gutachter: Leistungsaufbau mit einer verbesserten Versorgung sei nur durch Umstrukturierungen möglich, sagte Prof. Dr. Rüschemann. Noch seien die Gespräche mit den Häusern aber nicht abgeschlossen. Der Krankenhausrahmenplan bis 2005 soll vor Weihnachten verabschiedet werden.

heitsdezernent Leppin die Notwendigkeit einer kinder- und jugendpsychiatrischen Betreuung hervor. Er betonte die enge Kooperation der beiden großen Häuser untereinander, über die Grenze und auch mit den niedergelassenen Ärzten im Praxisnetz. Vertreter des Diakonissen-



Nicht mehr nach Betten, sondern nach Leistung soll die Krankenhaus-Finanzierung künftig erfolgen. Foto: Staudt

krankenhauses und des Franziskus-Hospitals wiesen auf Kooperationen mit anderen Kliniken im Landesteil hin. Vorgesehen sei zudem „eine Ausweitung von medizinischen Kompetenzzentren in den beiden Häusern“. Der Gutachter hatte unter anderem empfohlen, die HNO-Ab-

teilungen zusammenzulegen. Kritik äußerte der Inhaber der Privatklinik Ärztehaus Mürwik, Thorsten Sauerland: Die im Gutachten empfohlene Reduzierung der Bettenzahl auf fünf komme einem „Schließungsbefehl“ gleich. Die Belegklinik wolle aber vielmehr Flensburg verlassen, in Glücksburg neu bauen — mit größerer Bettenzahl. Zur Zukunft der im Gutachten zur Schließung vorgesehenen Privatklinik Dr. Dunkelmann wollte die Ministerin derzeit nichts sagen. „Da werden wir uns noch unterhalten müssen.“ Keine Schwierigkeiten mit den Gutachten-Zielen — Reduzierung der Bettenzahl, Erhöhung der Fallzahl — sieht die Förde-Klinik. „Aber vielleicht hat die Klinik West was dagegen, wenn uns ihre Fälle zugeschlagen werden.“

Für den Kreis Schleswig-Flensburg appellierte Landrat Kamischke, die „ortsnahe Krankenhaus-Behandlung im

jetzigen Umfang zu erhalten“. Nachdrücklich wurde im Verlauf der Diskussion die Eigenständigkeit des Psychiatrisch-Neurologischen Krankenhauses in Kropp gefordert. Die Diskussion über Bettenabbau dürfe nicht die modellhaften Kooperationspläne zwischen Martin-Luther-Krankenhaus und Fachklinik gefährden, hieß es auch. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Schleswig-Flensburg, Ingo Degner, sprach von einer im Gutachten vorgesehenen „nicht zu verkraftenden“ Reduzierung der Bettenzahl. „Wir brauchen auch die Neurologie und Geriatrie“, forderte er. Heide Moser hielt ihm entgegen, dass zusätzlich nichts geschaffen werden könne. „Wenn man Geriatrie will, muss man darüber nachdenken, sie aus dem eigenen Fleisch zu schaffen.“

Nicht Bettenabbau, sondern Bettenaufbau sei notwendig, wurde von Seiten der Margarethenklinik in Kappeln unterstrichen. „Wir brauchen eine sinnvolle Grundversorgung“.

Eindringlich wiesen niedergelassene Ärzte darauf hin, dass kürzere Verweildauer im Krankenhaus eine intensivere Nachbetreuung durch Hausärzte bedeute. Das müsse im Heil- und Arzneimittelgesetz deutlich werden. Heide Moser stimmte zu: „Die Gesundheitsreform 2000 war nicht der letzte Reformschritt.“